A3 Abschiebezentrum BER verhindern – BER-Abschiebungen betreffen auch uns

Gremium:	Fachforum für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit
Beschlussdatum:	23.06.2023
Tagesordnungspunkt:	5. Anträge

Antragstext

Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich auf eine unwürdige Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt, die faktisch das Recht auf Asyl abschafft und zurecht von Pro Asyl als "menschenrechtlicher Dammbruch" bezeichnet wird. Daran hatte die Bundesregierung, inklusive der Grünen, einen erheblichen Anteil. Die Grüne Jugend verurteilt diese Asylrechtsverschärfungen und die Zustimmung der Grünen in der Bundesregierung aufs Schärfste. Das ist gut und richtig.

Aber auch innerhalb Deutschlands sollen die Rechte der Asylantragstellenden weiter eingeschränkt werden, z.B. durch einen erleichterten Zugang von Behörden in Wohnorte Geflüchteter. Angesichts der Überforderung der Länder und Kommunen und des Bundesamtes für Migration und Flucht (BAMF), werden Abschiebungen und die Reduzierung von sogenannter "irregulärer Migration" weiterhin als Allheilmittel verkauft. Aber die Sicherheit und Würde von Menschen ist nicht weniger wert, wenn es bürokratisch schwierig wird. Menschen sind nicht weniger wert, wenn sie von der anderen Seite des Mittelmeers kommen. Ein tatsächliches Heilmittel wäre eine robuste Beherbergungs- und Integrationsstrategie.

Widerstand gegenüber dieser menschenverachtenden und rassistischen Abschottungspolitik darf es nicht nur auf Bundesebene geben, sondern muss auch in jedem Landesverband gelebt werden, besonders wenn solche Praktiken in unserer unmittelbaren Nähe manifest werden.

In Schönefeld plant das Land Brandenburg unter Beteiligung des Bundes den Bau eines "Behördenzentrums" auf einer Fläche von 30.000 Quadratmetern am Terminal 5 des Flughafens BER. Dort sollen die Kapazitäten für das Abschiebegewahrsam und das Flughafenasylverfahren, ein verkürztes Asylverfahren mit deutlich höheren Ablehnungsquoten, massiv erweitert werden. Die umstrittene Auftraggebung erfolgte ohne offizielle Ausschreibung an den Bauinvestor Jürgen Harder, der bereits mit Korruption vorbestraft ist und mit dem Bau und der Vermietung des Gebäudes Millionen machen wird. Mit dem Haushalt des Brandenburger Landtags für 2023/24 wurde bereits Ende letzten Jahres unter Beteiligung der grünen Regierungsfraktion ein Budget in Höhe von 315 Mio Euro dafür verabschiedet. Eine Baugenehmigung gibt es jedoch noch nicht.

Das Flughafenasylverfahren ähnelt mit der vorgesehenen Transithaft, der Isolation und dem eingeschränkten Rechtsschutz Flüchtender, den Schnellverfahren, die GEAS an den EU-Außengrenzen vorsieht. Damit ist seine Durchführung und Ausweitung untragbar. Hinzu kommt, dass die Auftraggebung rechtlich umstritten und eine unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern ist. (Belastbare Gründe, warum das Land den Bau zu sehr viel geringeren Kosten nicht selbst übernehmen möchte, fehlen bislang.) Aus beiden Gründen muss sich ein progressiver Jugendverband lautstark dagegen stellen. Die Grüne Jugend Brandenburg hat dies bereits getan, die Grüne Jugend Berlin muss sich dem anschließen. Bekenntnisse in einem einzelnen Instagram-Post reichen nicht.

Die GJ Berlin muss Anstrengungen unternehmen, nicht nur innerhalb des Verbandes und auch in ganz Berlin über das Bauvorhaben am BER aufzuklären, sondern auch öffentlichkeitswirksam und unter den Altgrünen politischen Druck ausüben, um alles innerhalb des rechtlich Möglichen zu tun, um den Bau zu verhindern.

Dazu ist eine stärkere und öffentliche Kooperation mit der Grünen Jugend Brandenburg essentiell, sowie allen seriösen Organisationen und Personen, die sich dem Bauvorhaben und der Unterstützung und Verharmlosung durch die Grünen Brandenburg entgegenstellen.

Denn wenn am Ende ein Abschiebedrehkreuz, von dem jährlich 300-400 Schutzsuchende in unsichere Herkunfts- oder Drittstaaten zurückgeführt werden, in unserem Hinterhof steht, werden wir uns fragen, warum wir nicht mehr getan haben.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.